

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Wilhelmshaven

SPD-Fraktion Wilhelmshaven

Ratsherr Marvin Hager

Rathausplatz 14

26382 Wilhelmshaven

E-Mail: info@marvin-hager.de

An den Oberbürgermeister
der Stadt Wilhelmshaven
- Herrn Carsten Feist-
Rathausplatz 1
26382 Wilhelmshaven

22. April 2026

Antrag an den Rat der Stadt Wilhelmshaven: Sicherheitskonzept für unsere Beschäftigten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Feist,

im Namen der SPD-Fraktion im Rat der Stadt stelle ich den nachfolgenden Antrag an folgende Gremien:

- Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen
- Verwaltungsausschuss
- Rat

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine verbindliche Grundsatzerklärung gegen Gewalt am Arbeitsplatz für alle städtischen Dienststellen zu erarbeiten und umzusetzen.
2. Es wird ein standardisierter, verbindlicher Prozess zum Umgang mit Übergriffen jeglicher Art eingeführt. Dieser soll insbesondere regeln: Meldewege und Zuständigkeiten, Verpflichtende Anzeige von Übergriffen durch den Dienstherrn sowie Schutzmaßnahmen für betroffene Beschäftigte.
3. Die Stadt richtet ein niedrighschwelliges, barrierefreies Meldeportal für Vorfälle von Gewalt, Bedrohung und Respektlosigkeit gegenüber Beschäftigten ein.
4. Eine systematische Gefährdungsanalyse aller städtischen Dienstgebäude wird durchgeführt, mit dem Ziel, individuelle Sicherheitskonzepte zu entwickeln.
5. Die Verwaltung berichtet dem Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen regelmäßig über den Umsetzungsstand.

Begründung:

Mit diesem Antrag greift die SPD-Fraktion ausdrücklich die Forderungen und Hinweise der Beschäftigtenvertretungen auf, insbesondere des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie der ver.di. Beide Organisationen haben auf die zunehmenden Übergriffe gegenüber Beschäftigten

im öffentlichen Dienst aufmerksam gemacht und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit eingefordert.

Die geschilderten Vorfälle sowie die Berichte aus verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung machen deutlich, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, sondern um eine strukturelle Herausforderung. Beschäftigte – etwa im Bürgerkontakt in Ämtern und Einrichtungen – sind zunehmend verbalen Angriffen, Bedrohungen und auch körperlicher Gewalt ausgesetzt. Diese Entwicklung ist ernst zu nehmen und erfordert ein entschlossenes Handeln seitens des Rates und der Verwaltung.

Die bisher ergriffenen Maßnahmen und bestehenden Gesprächsformate reichen aus Sicht der Interessenvertretungen nicht aus, um den Schutz der Beschäftigten nachhaltig zu gewährleisten. Der Wunsch nach klaren, verbindlichen Regelungen, transparenten Verfahren und wirksamen Präventionsmaßnahmen wurde deutlich formuliert.

Als öffentlicher Arbeitgeber trägt die Stadt Wilhelmshaven eine besondere Verantwortung für die Sicherheit und Gesundheit ihrer Beschäftigten. Gleichzeitig ist eine funktionierende öffentliche Verwaltung auf sichere Arbeitsbedingungen angewiesen. Der Antrag zielt daher darauf ab, die bestehenden Forderungen von DGB und ver.di aufzunehmen und in konkrete, verbindliche Maßnahmen zu überführen.

Mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Schritte wird ein klares Signal gesetzt: Gewalt am Arbeitsplatz wird nicht toleriert, und die Stadt stellt sich aktiv ihrer Fürsorgepflicht gegenüber ihren Mitarbeitenden.

Wir bitten um Zustimmung.

Freundliche Grüße

Marvin Hager
Ratsherr SPD-Fraktion

Volker Block
Vorsitzender SPD-Fraktion